

2681/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2746/J betreffend TV-Satire mit Folgen für Österreich in Mio.-Höhe, welche die Abgeordneten Mag. Trattner, Ing. Meischberger und Kollegen am 10. Juli 1997 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Ja.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Es sind der Österreich Werbung keinerlei Auswirkungen auf den österreichischen Tourismus bekannt, zumal bereits am Folgetag (4. Juli 1997) und am darauffolgenden Wochenende dieser Beitrag eindeutig als „Ente“ durch die gesamte deutsche Presse gegangen ist. Lediglich unmittelbar nach der Sendung am 4. Juli respektive

5. Juli waren „Seher“, die sich in Gesetzgebungsverfahren nicht auskennen, verunsichert.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Die Ausführungen in der Antwort zu Pkt. 2 der Anfrage gelten auch für das Bundesland Tirol. Nachdem die Tirol Werbung über den Beitrag via Fax-Information Bescheid wußte, konnten allfällige Anfragen direkt behandelt werden, d.h., die Österreich Werbung in Deutschland mußte diesbezüglich nicht mehr zu Rate gezogen werden.

Antwort zu den Punkten 4 und 5 der Anfrage:

Gemäß einer Aussage des Präsidenten des Deutschen Reisebüroverbandes hatte dieser Beitrag in der Sendung „Monitor“ zwar ad hoc für Verunsicherung gesorgt, allerdings keinerlei Auswirkungen auf bereits getätigte Buchungen. Dies insbesondere deshalb, da, wie bereits erwähnt, sehr schnell publik wurde, daß es sich hierbei um eine Satire handelte. Ein Schreiben der Touristik Union International vom 8.7.97 lautet: „Die Stornoquoten am Freitag, den 4.7., am Samstag, dem 5.7. und am Montag, dem 7.7. zwar leicht höher als in den vergleichbaren Tagen der Vorwoche; verglichen mit den davor liegenden Wochen scheinen sie zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht signifikant höher zu sein.“

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten sind keine Rechtsschritte geplant. Es wurde kein rechtlicher Tatbestand verwirklicht, der unmittelbar schädigende Wirkung auf die Republik Österreich hat und dadurch eventuell zur Einleitung rechtlicher Schritte Anlaß geben könnte. Der österreichische Staat könnte durch die Folgen einer angeblich ausgelösten Stornierungswelle jedenfalls nur mittelbar (z.B. geringere Deviseneinnahmen etc.) betroffen sein. Eine gerichtliche Klage

würde daher nach Einschätzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten an der fehlenden Klagslegitimation scheitern.

Seitens der Österreich Werbung kann dazu nur festgestellt werden, daß der Deutsche Reisebüroverband in Erwägung gezogen hat, rechtliche Schritte gegenüber dem Sender einzuleiten. Nachdem jedoch keine Auswirkungen erkennbar wurden - außer die bereits angeprochenen „Spontanreaktionen seitens der deutschen Zuseher“, und dabei ist es dann auch geblieben - wurde vom DRV davon Abstand genommen.

Antwort zu Punkt 7 der Anfrage:

Eine solche Notwendigkeit besteht nicht. Nachdem sehr rasch jedermann wußte, daß es sich hierbei um eine Satire handelte, war und ist eine Aufklärungskampagne nicht erforderlich.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Da es sich bei der in der Sendung behandelten Steuer um eine deutsche „Ausreisesteuer“ handelt, wären diesbezügliche Fragen an die deutschen Stellen zu richten.

Antwort zu Punkt 9 der Anfrage:

In der kurzen Zeit ist es nicht möglich, eine aufgeschlüsselte Buchungssituation darzustellen, als Beispiel mögen die Buchungstrends deutscher Veranstalter gelten:

Deutsches Reisebüro (erhoben via Zweigstelle der Österreich Werbung Frankfurt):

Abfragedatum 29.7.1997;

Ergebnis: nach wie vor Buchungen; DER steht im Plus.

+ 6 % im Hotelbereich,

+ 30 % bei Ferienwohnungen-Angebot (kleine Kontingente).

Keine Stornos aufgrund Monitor-Sendung.

NUR (erhoben via Zweigstelle Frankfurt):

Ergebnis: - 10 % gegenüber dem Vorjahr; Aktuelle Buchungssituation Sommer positiv.

Gesamtergebnis wird voraussichtlich ein einstelliges Minus betragen.

Keine Stornos aufgrund Monitor-Sendung.

TUI (erhoben via Zweigstelle Hamburg):

Ergebnis: - 2,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Keine Stornos aufgrund Monitor-Sendung.